

Beschluss Den Klimaschutz sozial und gerecht gestalten

Gremium: Landesausschuss

Beschlussdatum: 18.03.2026

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext

1 Die Klimakrise trifft uns alle, auch hier in Berlin. Aber sie trifft nicht alle
2 gleich. Sie trifft ganz besonders jene Menschen, die in stark versiegelten
3 Kiezen mit wenig Grünflächen und in schlecht gedämmten Wohnungen leben. Sie
4 trifft Menschen, die berechtigte Angst haben, nach einer energetischen Sanierung
5 eine noch höhere Miete zahlen zu müssen. Sie vor allem haben unter den sozialen,
6 gesundheitlichen und finanziellen Folgen der Klimakrise zu leiden.

7 Deutlich weniger trifft sie Wohlhabende, die in gut gedämmten Häusern leben,
8 sich Kühlung, Heizung und teurere Lebensmittel nach Dürren leisten können.
9 Gleichzeitig verursachen sie mit ihrem Lebensstil um Dimensionen mehr
10 Treibhausgasemissionen. Eine gerechte und damit überzeugende Klimaschutzpolitik
11 muss daher diejenigen zur Kasse bitten, die für die Klimamisere verantwortlich
12 sind. Als Hauptverursacher*innen haben die Reichen und Wohlhabenden die
13 finanziellen Lasten zu tragen. Und vor allem sie müssen ihr Übermaß an
14 Emissionen drastisch reduzieren. Denn während in Deutschland die ärmere Hälfte
15 der Bevölkerung mit ihren Pro-Kopf-CO₂-Emissionen fast schon das Klimaziel für
16 2030 erreicht, liegt das oberste Prozent der Ultrareichen bei ihren Pro-Kopf-
17 Emissionen um das 15-fache darüber. Nur eine Klimapolitik, die dem Prinzip
18 folgt, "wer schädigt, muss zahlen", ist sozial und gerecht.

19 1.

20 Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Er kostet umgekehrt ein Vielfaches,
21 wenn er – wie derzeit in Berlin – verschleppt wird. Gleichzeitig darf
22 Klimapolitik nicht in Verdacht geraten, gesellschaftliche Ungerechtigkeit
23 auszublenden und ungerechte Härten zu kreieren. Klimaschutzpolitik hat auch für
24 mehr Verteilungsgerechtigkeit im Land zu sorgen. Wir setzen uns auf Bundesebene
25 für eine Vermögensteuer ein, die die Superreichen der Gesellschaft dazu
26 verpflichtet, einen kleinen Teil ihres Vermögens abzugeben. So entstehen neue
27 Einnahmen, die für die Zukunftssicherung, insbesondere auch für
28 Klimaschutzmaßnahmen, genutzt werden können. Vorschläge wie das Steuerkonzept
29 des französischen Ökonomen Gabriel Zucman sind gut und wichtig, denn sie finden
30 in verschiedenen europäischen Ländern breiten Anklang und Unterstützung und
31 eröffnen so die Chance einer länderübergreifenden Einführung. Des Weiteren
32 sprechen wir uns auf Bundesebene für eine Reform der Erbschaftsteuer zur
33 Schließung von Gerechtigkeitslücken und Verhinderung unbegrenzt steigender
34 Vermögenskonzentration aus.

35 2.

36 Die Mieter*innenschaft hat schon wegen der immensen Energiepreise ein großes
37 Interesse daran, dass ihre Häuser besser gedämmt und klimafreundlicher mit Wärme
38 versorgt werden. Auch um zu verhindern, dass Mieter*innen für den Großteil der
39 Kosten aufkommen müssen, brauchen wir langfristige Förderprogramme, deren

40 Inanspruchnahme in den mehr als 80 Milieuschutzgebieten Berlins Voraussetzung
41 für die Erteilung einer Genehmigung sein sollte. Beim Heizungstausch sind
42 Mieter*innen durch klare Grenzen geschützt. Die Umlage der Investition ist mit
43 10 Prozent pro Jahr, höchstens 0,50 Euro pro Quadratmeter gedeckelt, für ärmere
44 Haushalte gilt eine Härtefallregelung.

45 Das löst aber das Problem der Modernisierungsumlage nicht. Wir fordern schon
46 lange die Abschaffung der bestehenden Regelung und stattdessen ein Umlagesystem,
47 das auch Vermieter*innen bei der Finanzierung in die Pflicht nimmt. Wenn wir
48 eine Beschleunigung der Gebäudesanierung bzw. Wärmewende im Gebäudebereich
49 erreichen wollen – und das ist dringend nötig angesichts der Sanierungsquote von
50 1 % – müssen wir umso dringender für eine gerechte Reform der Umlageregelungen,
51 etwa durch das Drittelmodell sorgen, bei dem Mieter*innen, Vermieter*innen und
52 Staat die Kosten teilen. Zudem braucht es langfristige, verlässliche
53 Förderprogramme.

54 3.

55 Alle Berliner*innen, die bei knapper Kasse oder in prekären Verhältnissen leben,
56 sind auf den Öffentlichen Nahverkehr angewiesen, um sich in der Stadt bewegen zu
57 können. Wir Grüne werden uns auf Bundesebene für den Erhalt des
58 Deutschlandtickets und eine dauerhafte Rückkehr zum Ursprungspreis von 9 Euro im
59 Monat einsetzen. Den Anfang machen wir mit dem bundesweit gültigen Berliner
60 Klimaticket: Menschen mit wenig Geld, die heute noch über 27 Euro für das
61 Sozialticket zahlen müssen, bieten wir bezahlbare und klimafreundliche Mobilität
62 für 9 Euro im Monat an. Schüler*innen und Freiwilligendienstleistende fahren mit
63 dem Berliner Klimaticket bundesweit sogar kostenlos. Außerdem setzen wir uns für
64 ein Azubiticket nach dem Vorbild des Semestertickets ein. Bei Azubi- und
65 Semesterticket machen wir die Fahrradmitnahme außerhalb der Spitzenzeiten
66 kostenlos. Außerdem forcieren wir die Ausweitung des Jobtickets als von
67 Arbeitgeber*innen mitfinanziertes, vergünstigtes Deutschlandticket.

68 4.

69 Den vom Senat beschlossenen Klimapakt, der für Klimaschutz in kommunalen
70 Unternehmen Ausgaben in Höhe von 13,6 Mrd. Euro bis 2030 vorsieht, wollen wir um
71 soziale Verpflichtungen erweitern:

72 a. Die für Energiesanierung und Heizungsumbau vorgesehenen Investitionen in den
73 landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) werden für die Bewohnenden
74 sozialverträglich umgelegt. Hierzu werden verbindliche Sanierungsfahrpläne für
75 die betroffenen Quartiere in Abstimmung mit den Mieterräten und Mieterbeiräten
76 vereinbart. Die Mieterhöhungen sind sozial gestaffelt und auf den durch die
77 Energiesanierung erzielbare finanzielle Einsparung zu begrenzen.

78 b. Vorrangig und beschleunigt werden entsprechend der Energy Performance of
79 Buildings Directive (EPBD) der EU Gebäude saniert, die in einem energetisch
80 besonders schlechten Zustand sind und in denen sich erfahrungsgemäß überwiegend
81 wirtschaftlich benachteiligte Mietparteien befinden.

82 c. Die kostenfreien Beratungsangebote etwa vom Bund für Umwelt und Naturschutz
83 Deutschland (BUND) oder der Verbraucherzentrale zur Reduzierung des
84 Energieverbrauchs und der damit verbundenen Kosten werden so ausgebaut, dass sie
85 allen Mieter*innen zugänglich sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Berlin allen

86 von Energiearmut betroffenen Haushalten eine kostenfreie Energieberatung
87 ermöglicht.

88 d. In das gesamte Programm werden auch die Wohngenossenschaften in Berlin
89 einbezogen. Auch soll ein Fonds eingerichtet werden, aus dem von Energiearmut
90 betroffenen Haushalten energieeffiziente Kühlschränke und andere der
91 Verringerung des Energieverbrauchs dienliche Maßnahmen finanziert werden. Die
92 Berliner Energie und Wärme (BEW) wird verpflichtet, mit der Dekarbonisierung der
93 Fernwärmeversorgung zugleich das Tarifsysteem umzugestalten. Ziel ist ein sozial
94 gestaffeltes Tarifsysteem, bei dem Haushalte mit geringem Einkommen spürbar
95 entlastet werden.

96 e. Es ist für eine Korrektur der BEW-Planungen zu sorgen, die bisher bei der
97 Dekarbonisierung der Wärmeerzeugung auch auf Holzverbrennung setzt. Denn sie
98 schlägt damit nicht nur einen klimaschädlichen Weg ein, sondern sie treibt damit
99 auch die Kosten der Wärmeversorgung voraussichtlich in die Höhe. Schon jetzt
100 erleben wir stark steigende Preise für Energieholz, die hinsichtlich der
101 Vielzahl von geplanten Holzheizkraftwerken deutschlandweit weiter steigen
102 dürften.

103 5.

104 Unser Ziel, eine Million neue Bäume in Berlin zu pflanzen und die Bäume unserer
105 Stadt verlässlich zu pflegen, muss konsequent und vor allem sozial gerecht
106 umgesetzt werden: Alle Maßnahmen, die mehr Grünflächen, Bäume und Natur, mehr
107 Entsiegelung und hitzeentlastende Kühlung in die Wohnviertel bringen, verbessern
108 dort die Lebensqualität. Sie schützen vor extremer Hitze und vor anderen lokalen
109 Folgen der Klimakrise. Sie sollen daher vorrangig in den Kiezen mit sozial und
110 wirtschaftlich benachteiligter Bevölkerung eingesetzt werden, die in aller Regel
111 an Grünflächen unterversorgt sind und in denen sich die Bewohner*innen weniger
112 vor Hitze schützen können. Diese Wohnviertel sind mit dem Berliner
113 Umweltgerechtigkeitsatlas klar identifiziert und benannt. Mittel für
114 Grünflächenämter wollen wir in Zukunft zweckgebunden verteilen und an realen
115 Kosten bemessen.

116 6.

117 Die Bundesregierung ist aufgefordert, unverzüglich einen Klima-Sozialplan
118 (Social Climate Plan) aufzustellen, der es ermöglicht, aus dem Klimasozialfonds
119 der EU, der aus den Erträgen der CO₂-Zertifikate finanziert ist, Gelder
120 abzurufen. Aus diesem Plan kann Berlin zusätzliche Maßnahmen für Beratung und
121 Energieeinsparungen in von Armut und Energiearmut betroffenen Haushalten
122 finanzieren.

123 7.

124 Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung müssen an die Menschen zurückgegeben werden,
125 dabei sollen insbesondere die finanziell am stärksten betroffenen Menschen
126 entlastet werden.

Beschluss Mehrsprachigkeit in der Schule fördern - Lehrkräfte qualifizieren und anerkennen

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 18.03.2026
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext

1 In einer Stadt, in der mehr als ein Drittel der Bevölkerung eine
2 Migrationsgeschichte hat, gehört Mehrsprachigkeit zum Alltag vieler
3 Bürger*innen. Viele Tausend Kinder und Jugendliche wachsen mehrsprachig auf. Wir
4 wollen ein Bildungssystem schaffen, welches der Vielfalt der Sprachen und
5 Kulturen und damit den Menschen in unserer Stadt gerecht wird. Das betrifft bei
6 der Beschulung der geflüchteten und neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen
7 sowohl den Erwerb der deutschen Sprache als auch die Förderung der Erstsprache.

8 Deshalb ist es essenziell,

- 9 1. Lehrkräfte für den Spracherwerb Deutsch als Zweitsprache für neu
10 Zugewanderte auszubilden, das heißt:
- 11 • Anerkennung von Deutsch als Zweitsprache für neu Zugewanderte als
12 ordentliches Schulfach
 - 13 ◦ verbindlich: Curriculum, Sprach- und Lernstandserfassung,
14 Stundentafel,
 - 15 ◦ verbindlich: Konzept für sofortige (Teil-)Integration und
16 begleiteten Übergang
 - 17 • Aufnahme des Fachs als Lehramtsfach in die Lehramtszugangsverordnung
 - 18 • Etablierung eines Lehramtsstudienfachs „Deutsch als Zweitsprache“,
19 Schwerpunkt Spracherwerb, an den Berliner Universitäten: Professur,

- 20 Studienordnung für das grundständige Studium und als Aufbaustudium zur
21 Nachqualifizierung
- 22 2. Lehrkräfte für den Erstsprachenunterricht auszubilden und/oder
23 ausländische Qualifikationen für diese Sprachen anzuerkennen, das heißt:
- 24 • Anerkennung der in Berlin unterrichteten Erstsprachen (ESU, ZwErz, SESB)
25 als Studienfächer in der Lehrkräfte-Ausbildung
- 26 • Etablierung von Professuren und Studienordnungen für diese Sprachen
- 27 • Aufnahme dieser Sprachen als Lehramtsfächer in die
28 Lehrkräftezugangsverordnung
- 29 3. Lehrkräften mit ausländischen Qualifikationen den Zugang zu erleichtern,
30 das heißt die Anforderungen anpassen:
- 31 • Anerkennung von Lehrkräften mit einem Fach
- 32 • C2 nur für Lehrkräfte im Fach Deutsch, sonst C1
- 33 • weitgehende Anerkennung von Berufspraxis, auch in Willkommensklassen
- 34 • Unterstützung seitens der Senatsverwaltung:
- 35 ◦ kostenfreies Anerkennungsverfahren, kostenlose berufsbezogene
36 Vorbereitungs- und Deutschkurse, Möglichkeit von bezahlten Praktika
37 in der Schule, Ermäßigungsstunden
- 38 ◦ eine begleitende Unterstützung der Bewerber*innen bei
39 Antragsstellung und im Gleichstellungsverfahren einrichten (u. a.
40 mehrsprachige Informationen, Bescheide in leicht verständlichem
41 Deutsch, Sprachberatung)

Beschluss Betriebsratswahlen unterstützen

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 18.03.2026
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext

- 1 Bündnis 90/Die Grünen Berlin setzen sich für die Stärkung der betrieblichen
2 Mitbestimmung und der Demokratie in der Arbeitswelt ein. Gewerkschaften sind für
3 uns ein zentraler Partner bei der sozial-ökologischen Transformation der
4 Wirtschaft. Betriebe mit aktiven Betriebsräten wirtschaften nachhaltiger,
5 erfolgreicher und innovationsorientierter. Mitbestimmte Unternehmen verbinden
6 Klimaschutz mit wirtschaftlichem Erfolg, achten Menschenrechte entlang ihrer
7 Lieferketten und fördern demokratische Teilhabe und Zufriedenheit bei den
8 Beschäftigten. Die sozial-ökologische Transformation der Arbeitswelt kann nur
9 gemeinsam mit Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften gelingen.
- 10 Doch die innerbetriebliche Demokratie steht unter Druck: Die Zahl der Betriebe
11 mit Betriebsrat ist im gesamten Bundesgebiet rückläufig: Im Jahr 2024 wurden
12 insgesamt 45 % der Beschäftigten in Deutschland durch Arbeitnehmervertretungen
13 repräsentiert. In Berlin liegt der Anteil unter dem Bundesdurchschnitt. In
14 kleinen (1 bis 50 Beschäftigte) und mittleren Betrieben (51 bis 500
15 Beschäftigte) ist der Anteil noch niedriger. Gleiches gilt für die Tarifbindung.
16 Während um die Jahrtausendwende rund drei Viertel der Beschäftigten in
17 tarifgebundenen Betrieben arbeiteten, ist dieser Anteil deutlich gesunken.
- 18 Wir als Bündnis 90/Die Grünen Berlin sehen diese Entwicklung mit großer Sorge
19 und setzen uns für eine Stärkung der betrieblichen Demokratie ein. Der
20 Landesausschuss fordert deshalb:
- 21 Die Kreisverbände werden ermutigt, die Kontakte zu den regionalen
22 Gewerkschaftsstrukturen zu verstärken und öffentlich für die Betriebs- und
23 Personalratswahlen sowie für die Jugend- und Auszubildendenvertretungswahlen
24 (JAV-Wahlen) 2026 zu werben.
- 25 Parteimitglieder, die bereits als JAV-Vertreter*innen, Betriebs- bzw.
26 Personalrät*innen aktiv sind oder eine Kandidatur anstreben, sollen gezielt
27 angesprochen und unterstützt werden.
- 28 Wir setzen uns für die Betriebsratsgründungen und gegen Union Busting ein.